

# Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 11

PDF erstellt am: **26.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Weltwochenschau

## Mineure an der Arbeit

Die Entwicklung in Spanien ist in ein seltsames Stadium getreten. Im republikanischen Rest haben sich die Parteien entzweit und angesichts der bevorstehenden Offensive Francos einen Bürgerkrieg geliefert. Aus welchen Ursachen, beginnt nach und nach klar zu werden, auch wenn man über die hintergründigen Drahtzieher der verschiedenen Aktionen noch nicht völlig im Klaren sein kann.

Der erste, unerwartete Coup bestand in der Bildung eines „nationalen Verteidigungsrates“ unter Oberst Casado, der die Madrider Front befehligt. Alle antifaschistischen Parteien ließen sich in diesem Rat vertreten, die Kommunisten ausgenommen. Sogleich brach ein kommunistischer Aufstand los. Da trat General Miaja selber an die Spitze des Rates und ließ überall seine treuen Regimenter gegen die kommunistisch gesinnten Abteilungen marschieren.

Man fragt, warum die Kommunisten von der neuen Regierung ausgeschlossen wurden. Die Antwort ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß sie bisher in der Regierung Negrin maßgebend gewesen. Das heißt, immer mehr zur maßgebenden Partei geworden waren. Negrin selbst, kein Kommunist, sah in ihnen die Vertreter des unbedingten Widerstandes gegen jeden Ausgleich mit Franco. Zudem ist bekannt, daß Moskau seit bald anderthalb Jahren nur dann Material und Techniker schickte, wenn es sich um die Unterstützung einer teilweisen oder total kommunistischen Regierung handelte. Negrin, der den Widerstand bis aufs Messer befürwortet, hoffte also auf neue Waffenlieferungen aus Moskau. Darum unterstellte er verschiedene Truppenteile Mittelspaniens Offizieren, die soeben aus der katalanischen Katastrophe als Geschlagene daherkamen.

Die Antwort auf diese Kommandoänderungen war nun eben der „halbe Staatsstreich“ in Madrid. Negrin und del Bayo, von Verhaftung bedroht, flüchteten per Flugzeug nach Paris. Die „Pasionaria“ irrte zuerst nach Oran, dann nach Marseille, dann nach Paris. Man will sie und die frühern spanischen Regierungsmänner nebst den kommunistischen Führern nicht in Frankreichs Hauptstadt dulden und weist ihnen vorderhand Aufenthaltsorte in der Provinz an. Wenn Rußland sie haben will . . . soll es sie haben.

General Miaja wurde nach heftigen Kämpfen in den Vororten Chammartin und Canillejas, an verschiedenen Punkten der Bahnlinie Madrid-Baleña, in Alcala de Henares, in Ciudad Real, Cartagena, Almeria, an hundert andern Stellen, schließlich im Zentrum Madrids selbst, Herr der Lage. Trotzdem muß seine Armee nun so geschwächt sein, daß Franco leichtes Spiel mit ihr haben wird. Und wenn er in der Frage der bedingungslosen Uebergabe keine Konzessionen mehr machen sollte, dürfte man sich nicht verwundern.

Das wird nun aber jenen, die hinter Miaja und Casado stehen, gar nicht gefallen: England und Frankreich. Denn ganz offenbar sind sie es, die den bürgerlichen und sozialistischen Gruppen Valencia-Spaniens den Rat gegeben haben, sich von den Kommunisten zu befreien und damit Franco zum Einlenken, zu einem „ehrenvollen Frieden“ mit einem „kommunistenreinen“ Gegner zu bewegen. Marschall Pétain, der neue französische Gesandte in Burgos, der ehemalige Strategielehrer Francos, die Monarchisten Graf Romanones, neuer spanischer Gesandter in Paris, und Herzog Alba, Gesandter in London, arbeiten in dieser Richtung zusammen. Und wenn sie ihren Zweck erreichen, dann gibt es für Mussolini keinen militärischen und moralischen Grund mehr, die Legionen weiter in Spanien stehen zu lassen.

Die Entscheidung kann jeden Augenblick erfolgen. Man erwartet Miajas Parlamentäre in Burgos. Sie sollen „menschliche Bedingungen“ erbitten, das heißt eine Frist zur ordnungsgemäßen Uebergabe des zivilen und militärischen Apparates, Amnestie für politische Gegnerschaft, ehrenvolle Form des „Uebertritts“ aller von den Kommunisten gereinigten Truppen zum Sieger, in der oder jener Form, und schließlich, der guten Figur halber, Garantien für die Unabhängigkeit Spaniens von fremden Einflüssen und Besetzungen.

Ist Franco weise, so wird er den Bogen nicht überspannen und vor allem jenen entscheidenden Frontwechsel „pro Spanien“ vollziehen, der ganz allein die Versöhnung der Parteien garantiert. Das heißt: Er wird selbst die Initiative ergreifen müssen, um die Italiener übers Meer zurück zu schicken, und zwar unmittelbar nach der Uebergabe. Wir haben schon oft die Frage gestellt, ob er so weise sein könne . . . das heißt, ob er sich erlauben dürfe, mit den Spaniern allein zu sein. Oder: Ob die Furcht vor den zahllosen neuen Konfliktherden, vor den Monarchisten, Karlisten, Republikanern, Kommunisten ihn bestimmen werde, das Heil in einem „permanenten Dynamismus“ zu suchen und auf jenen Krieg zu hoffen, der Spanien als Beute das von den Diktatoren versprochene französische Marokko bringen würde.

Wie gesagt, es wird kaum Ende März werden, bis wir wissen, auf welche Karte er setzt, und ob die Mineure aus London und Paris Erfolg haben.

## Und andere Mineure.

Die merkwürdigen Geschehnisse im nahen Osten, die seit den polnischen Studentenunruhen ins Rollen kommen, sind nicht minder geheimnisvoll als die spanischen. Wer geschichtler gräbt, ob die Westmächte und ihre Verbündeten, oder aber die deutschen Gegenmaulwürfe, weiß man nicht. Sicher aber ist, daß mit unheimlichem Eifer gearbeitet wird.

Fast hat es den Anschein, als ob man deutscherseits nach Annäherung der italienischen Forderungen den Osten irgendwie vergessen hatte, oder daß man wenigstens dort nichts tat, was die Eventualität in sich schloß, die deutsche Armee zu binden und zu engagieren. Soll ja doch, „nach Programm“, das Jahr 1939 die Mittelmeerregulierung das „München des Mittelmeeres“ bringen!

Nun aber scheinen die Gegner Berlin das Gesetz des Handels vorschreiben zu wollen. Es begann mit dem Besuch des rumänischen Außenministers Gafencu in Warschau. Gafencu hat, im Gegensatz zu Mussolinis Schwiegersohn Ciano, sehr positiv abgeschnitten, hat aber auch selber Angebote mitgebracht, die auf polnische Gegenliebe stoßen durften. Es ist kein „Communiqué“ ausgegeben worden, aber die amtlichen, halbamtlichen und Presseäußerungen lassen erraten, daß man über verschiedene Punkte einig geworden.

Rumänien willigt ein, die Karpatho-Ukraine zu opfern, d. h. Ungarn auszuliefern, die gemeinsame ungarisch-polnische Grenze herzustellen, den Riegel zwischen Deutschland und Rußland verstärken, die ukrainische Frage so tief wie möglich unter „fait accompli“ begraben zu helfen. Ist man aber in Warschau und Bukarest entschlossen, den Deutschen ihre östlichste Position aus den Händen zu spielen, und gewissermaßen Ungarn als Erben einzuweisen, dann braucht es nur noch die Einwilligung Ungarns. Was Ungarn zum angebotenen Geschenk sagt, wissen wir nicht. Das wird bei Gelegenheit auskommen.

Unterdessen aber wird eine andere Folge der polnisch-rumänischen Aktivität erkennbar: Die Tschechen holen zu einem Handstreich aus, der an sich direkt verzweifelt

annahmet. Sie entthronen die slowakische deutschfreundliche Regierung Tiso, setzen einige ihrer Minister gefangen, besetzen Preßburg mit starken Kräften, lösen die Hlinka-Garden auf und sperren die Linie an der Waag, über welche die deutschen Waffenversendungen zu ihren slowakischen Freunden passieren müssen. Es kommt zu slowakischen GegenDemonstrationen, zu Feuergefechten, aber die harte tschechische Faust wird zunächst Meister.

Prag gibt auch eine Begründung seines Vorgehens. Die Regierung Tiso habe seit Monaten einen hochverräterischen Schritt nach dem andern unternommen. Sie erstrebe die völlige Unabhängigkeit des Landes, die Zerstörung des gemeinsamen Staatszusammenhanges, die Unterstellung „unter eine fremde Macht“. Das ist nichts anderes als eine Anklage gegen Berlin. Und die Aktion also eine solche, die straks wider die Pläne Berlins läuft.

Berlin antwortet. Zunächst blieb die Goebbelspresse verdächtig milde. Dann schwenkte sie und begann zu trommeln. Und mit einem Male brach die Lawine los. Ein deutsches Ultimatum forderte von Prag die Anerkennung des slowakischen Selbstbestimmungsrechtes. Dr. Tiso wich dem Prager Befehl nicht, sondern blieb am Ruder. Der tschechische Staatspräsident Dr. Hacha flog nach Berlin. Dort wurde ihm ein Ultimatum vorgelegt. Er nahm an. Was es enthält, weiß man seit Mittwoch:

Deutsche Truppen besetzten kampflos den tschechischen Teil der Republik. Prag wurde am Dienstag in der Nacht erreicht. Die Armee des überfallenen Landes löste sich kampflos auf. Eine Proklamation Hitlers erklärt, daß die Tschechoslowakei aufgehört habe, zu existieren.

Damit haben die Deutschen sich im Osten einen Unsicherheitsfaktor vom Leib geschafft. Wird es nun gegen Westen gehn?

### Unglaubliche Nachrichten

Im Pariser „Journal des Débats“ bespricht der französische Autor Bernus, der auch das „Journal de Genève“ bedient, einen „Plan 1939“, der angeblich von Hitler stammen soll und unter anderm die Besetzung der Schweiz und Hollands vorsieht, um England und Frankreich zur Herausgabe der Kolonien zu zwingen. In Paris bildete diese Alarmanachricht das Tagesgespräch. Unsommer als nun auch ein General Duval im gleichen Blatte die Darstellungen von Bernus als absolut fundiert bezeichnet und Frankreich zur sofortigen Mobilisierung rät. Man nimmt an, dieser General habe mit Wissen und Willen des französischen Generalstabes geschrieben. Er ist überdies nicht der einzige in „generalstäblichem Ansehen“ stehende General, der so schreibt und Bernus deckt. Außer den hohen Offizieren befassen sich Journalisten und Politiker ersten Ranges mit der Sache. De Kerillis, der machsamer Rechtsmann von der „Epoque“ und Bertinag im „Ordre“ rücken mit Material auf und weisen auf Zusammenhänge hin, die jeden Zweifel zudecken.

Danach hat Holland, und zwar schon im Januar, in London angefragt, ob es auf britischen und französischen Beistand rechnen könne, falls es angegriffen werde. Darauf fanden zwischen London und Paris geheime Verhandlungen statt; London wollte von Paris wissen, ob es den Angriff auf Holland als „casus belli“ betrachten würde, und Paris wollte von London das gleiche die Schweiz betreffend wissen. Und beide Mächte kamen überein, den Angriff auf eines der beiden Länder als den Kriegsfall schlecht hin anzusehen. Es trat daraufhin auch Roosevelt auf den Plan, und die ganze Kette der Abmachungen und Bekundungen seit dem Januar findet einen erklärenden Hintergrund. Vor allem versteht man nun auch die Bedeutung der britischen Erklärung, 19 Divisionen auf den Kontinent werfen zu können, falls Frankreich angegriffen würde.

Es ist selbstverständlich, daß unser Bundesrat beim Bekanntwerden dieser Nachricht sofort erklärte, daß er sie für „unglaublich“ halte. Nach der NZZ wollte de Kerillis, der von den umfangreichen deutschen Truppenbewegungen an der holländischen und schweizerischen Grenze vernahm, nicht nur in Holland, sondern auch in Bern. Somit ist klar, daß man bei uns genau im Bilde war. Aber es ist ebenfollklar, daß es gilt, das Gesichte zu wahren. Das moralische Gewicht der Zusage Hitlers, die schweizerische Neutralität zu respektieren, muß sogar im Moment äußerster Gefahr ausgespielt werden, und wenn man wüßte, daß jenseits des Rheins Panzerdivisionen einbruchbereit stünden, müßten wir noch erklären, daß wir der deutschen Zusage glauben. Den Soldaten und den Zeitungsredaktoren wird man den Wink geben, der sich gehört. . . das heißt also, daß die Zeitungen vorderhand aufgefordert werden, ebenso die „Unmöglichkeit“ derartiger Pläne gegen die Schweiz zu betonen. Wir vertrauen auf unsere Behörden, daß sie in dieser Hinsicht „klug wie die Schlangen“ vorgehen und selbstverständlich wissen, was los sei.

Daß uns nun aber kein Leser, dem solche Alarmrufe un bequem vorkommen, „Phantasie“ vorwerfe! Es gab schon einmal eine maßgebende Société in Bern, die nicht glauben wollte, daß man Bern wirklich anzugreifen beabsichtige, trotzdem Brune schon in der Waadt stand. Wir haben nämlich eine Armee und ein großes Wehrbudget, weil solche Möglichkeiten existieren, (und man schafft sie nicht aus der Welt durch ein Refusament der „Berner Woche“). Die NZZ nimmt die Herren Bernus, de Kerillis, Tischo und Duval genau so ernst wie wir, und es wäre übel um uns bestellt, wenn wir in schweizerischer Ueberheblichkeit von „französischen Sensationsjournalisten“ fackeln, das heißt, repetieren würden, was man in Berlin sagt!!!

### Ständerat nimmt Arbeitsbeschaffung an.

Es gibt manchmal angenehme Ueberraschungen. Wir vernahmen, daß die Kommission des Ständerates in ihrer Luganeretagung unter anderm die Kredite gutgeheißen, die für schon beinahe fertige Befestigungen im Talleffel von Sargans gefordert werden. Mit andern Worten: Der Festungsbau wurde durchaus nicht davon abhängig gemacht, ob schließlich das Geld bewilligt würde, das diese Anlagen verlangen. Man befestigte nicht nur den genannten Talleffel, sondern auch den Uebergang nach Wildhaus und den Stoppach. Und man wird getrost annehmen dürfen, daß auf der ganzen Linie in gleicher Weise gearbeitet wurde.

Daß nun die Kredite für den Ausbau unseres Flugwesens, für weitere Verbesserung unserer Bewaffnung, für genügende Munitionsreserven, große Benzin- und Tankanlagen, Magazine und so fort, für die Ergänzung der Materialreserven und des Korpsmaterials dem Ständerat zur Annahme empfohlen werden, bedeutet keinen Schritt zur Verwirklichung mehr, sondern nur die Gutheißen dessen, was offenbar überall im vollen Gang ist. Die 161 Millionen für diesen Teil des Programms, und weitere 10 Millionen zur Anlage von Kohlen- und andern Reserven sind zu finden. . . müssen gefunden werden.

Was die eigentliche, nichts Durchwegs mit dem Wehrprogramm zusammenhängende Arbeitsbeschaffung angeht: die 55 Millionen an die Kantone, die 15 Millionen für Forst- und Bodenverbesserung, sowie die 27 Millionen für die Export- und Fremdenverkehrsförderung werden vom Ständerat auf Antrag seiner Kommission angenommen, ebenso alle Eisenbahnprojekte. So wird endlich die Gotthardbahn auf der ganzen Linie zweigleisig fahren, und der Brünig wird elektrifiziert. Was aber der Ständerat nicht will: Der Brünig soll keinen Basistunnel bekommen. Militärisch wichtig wird der winterlichere Betrieb von Oberalp-, Lukmanier-, Klausen- und Pragelstraße sein. Auf bündnerische Einsprache hin wird einzig das Ristenstraßenprojekt zurückgewiesen.